

## Anmerkungen zu den Konstitutionsbedingungen sozialer Bewegungen in Partei und Gewerkschaft

Hahn, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hahn, T. (1979). Anmerkungen zu den Konstitutionsbedingungen sozialer Bewegungen in Partei und Gewerkschaft. In R. Mackensen, & F. Sagebiel (Hrsg.), *Soziologische Analysen: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der ad-hoc-Gruppen beim 19. Deutschen Soziologentag (Berlin, 17.-20. April 1979)* (S. 597-611). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136169>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Anmerkungen zu den Konstitutionsbedingungen sozialer Bewegungen  
in Partei und Gewerkschaft<sup>1)</sup>

Thomas Hahn

Wie es unsere Thematik schon andeutet, soll es bei den folgenden Anmerkungen nicht darum gehen, in bekannter systematischer Weise (wie etwa die Kapitaltheorie begründet angelegt ist) grundlegende Bestimmungen über die Gewerkschaft, über das Verhältnis zwischen Gewerkschaft zu der Partei, respektive dem politischen und dem ökonomischen Kampf zu wiederholen, die in eine allgemeingültige Gewerkschaftstheorie normativ/funktionaler Ausprägung führt. Ein solches Verfahren kommt meist zu realitätsfernen abstrakten Ergebnissen und nimmt seinen notwendigen sozialhistorischen Bezugsbereich aus dem Legitimationsstreben selbsternannter und-verstandener politischer Vorhut, die politisches (und richtiges!) Bewußtsein und Kampf für sich als Partei reklamiert und in Gleichsetzung von Gewerkschaft/Nurgewerkschaftsbewußtsein und ökonomischem Kampf die "andere Seite" aus den materiellen Widersprüchen herausgelöst faßt.

Veränderungen im Verhältnis zwischen Gewerkschaft als INSTITUTION und als ORGANISATION des Gegensatzes zum Kapital können als eine weitere Konsequenz dieses o.g. Verfahrens nicht mehr im Zusammenhang der realen Widerspruchsentwicklung von Lohnarbeit und Kapital in ihren historischen Formen bis zur soziokulturellen klassenspezifischen Handlungspräferenzen gesehen und analysiert werden. Als Methode angewandt läßt dieser Ansatz durch seine Prämissen dann nur noch prinzipielle Verratstheorien /Verbürgerlichungsbehauptungen und organisationssoziologische Apparats- und Bürokratisierungserklärungen als Untersuchungsergebnisse zu, die dann zu entsprechenden Strategie- und Bündnisformulierungen verarbeitet in die Gewerkschaft hineingetragen wurden und noch werden.

Mit "bedürftigen" Formulierungen, wie des "Hinüberwachsens in die Partei" werden weiterhin in diesem Verfahren die entscheidenden Momente des Konstitutionsprozesses von Bewußtsein und Klassenbildung aus der Erfahrungs- und Verarbeitungsebene der Verteidigung der Lebensinteressen der Betroffenen gegen das Kapital als soziale Gewalt isoliert/abgelöst und gerinnen zu einem undialektisch gefassten Programmbegriff der (bekannten) Klassenbewußtseinsinhalte(2).

Gerade die wissenschaftlichen Vertreter des Historischen Materialismus sollten diese sozialemanzipativen Problemstellungen zu den klassenspezifischen Handlungskonstitutionen nicht allein den begrenzten Ansätzen beispielsweise arbeitsteiliger Entwicklungspsychologie weiterhin dadurch überlassen, indem sie den Klassenstrukturbegriff methasozologisch ansiedeln und oft über ein materialistisch/ökonomisches orthodoxes Zurechnungsverfahren von Sozialstruktur und Kapitalbewegung zur Deutungsfähigkeit sozialpolitischer Realverläufe und -potentiale unfähig werden; an die "fatalen Folgen" gerade für die antikapitalistisch orientierte deutsche Arbeiterbewegung bis heute, die vor dem dt. Faschismus kapitulieren mußte, sei hier am Rande erinnert.

Festhalten möchten wir hier zunächst gegen diese o.g. Ansätze, daß unsererseits die Gewerkschaften an sich nur die organisatorische Form sind, in der der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital als sozialökonomischer Antagonismus die Form des Kampfes der Klassen gegeneinander annehmen kann. Ausschlaggebend dafür ist der historisch erreichte Entwicklungs- und Entfaltungsgrad der Konflikte, d.h. das Verhältnis der Klassen zueinander, wie es sich manifest und latent äußert (3).

Dabei ist zu bemerken, daß sich in der gängigen- aber dem Gegenstand unangemessen groben- Begrifflichkeit des ENTWICKLUNGSGRADES, sowohl die objektive Entfaltung der "Reife" des Gegenstandes, als auch ein damit dialektisch vermittelter "Reifezustand" des Bewußtseins über die Verteidigung der Lebensinteressen und die Veränderungsansprüche an das strukturdominante gesellschaftliche System verbergen. Beide Elemente müssen gleichermaßen in ihrer stets überlagerten Form in einer Analyse aufgenommen werden; um z.B. historisch den Übergang von der dysfunktionalen Reaktion zur eher antikapitalistischen Aktion der dt. Arbeiterbewegung in ihren Konstitutionsbedingungen untersuchen zu können; dieser Übergang verweist unsererseits auf die latente Entstehungs- und Wirkungsgeschichte einer rationalen Handlungslogik zur kollektiven Aktion, bzw. auf die Organisationsfähigkeit des klassenspezifischen Protestgehalts, der eine antikapitalistische Begründungsstruktur zur Voraussetzung und Ergebnis hat. (4)

Die darin liegenden wesentlichen Entwicklungs- und Bezugspunkte emanzipativer Handlungsformen müssen in den o.g. Verteidigungszu-

sammenhang der Gewerkschaften eingehen, bzw. sich analytisch in den Politikformen immer wieder auffinden lassen, denn darüber wird wesentlich die Konstitution der Klasse als sozialer und politischer Prozess mitbestimmt. (5).

Von diesem Gesichtspunkt des Zusammenwirkens beider o.g. Elemente aus ist es von erheblicher Bedeutung, diese Frage auf den gewerkschaftspolitischen Strategiezusammenhang historisch zu beziehen; wir gebrauchen den Terminus 'historisch' zur Bezeichnung der Gesellschaftsformation.

Abseits von dem unseres Erachtens verfehlten Anspruch einer Theorie der Gewerkschaften, lassen sich jedoch eine Reihe von Bildungselementen ökonomischer und politischer Interessenwahrnehmung aus den kapitalistischen Produktionsbedingungen (KPW) heraus angeben. Sie weisen zugleich eine unterschiedliche Reichweite in ihrem Bezug auf den Grundwiderspruch und dessen Aufhebung auf. Damit geben sie auch einen Hinweis auf unterschiedliche Grenzen organisierter Tätigkeit, die sich von objektiven Widersprüchen, bzw. der Ausfrechterhaltung der politischen Herrschaft her begründen. Beispielsweise stellen sich Gewerkschaften als in der historischen Entwicklung des Kapitals hervorgetriebene Organe einerseits dar als in das Lohnsystem integrierte Organisationen ("industrielle Legalität", oder vom kollektiven Subjekt her gesehen: ökonomiepraktisches Handeln), andererseits sind sie die primär organisatorische Zusammenfassung des Gegensatzes zum Kapital, ohne diesen Antagonismus selbst aufheben zu können. Hervorgegangen aus der zunehmenden Abhängigkeit der Lohnarbeiter von der Bewegung des Kapitals mit den Tendenzen zu ihrer relativen Verelendung (6) haben sich die Gewerkschaften aus den ökonomischen Abwehrkämpfen der Arbeiter auf der unmittelbaren Produktionsebene um die 'Risikofaktoren' entwickelt und die Schwäche des vereinzelter Warenverkäufers organisiert aufgehoben. Dabei hat der ständige Kampf für den breitestmöglichen Verkauf der Arbeitskraft zu optimierenden Bedingungen über das Lohnniveau hinaus einen hohen Stellenwert bei gleichzeitiger Anstrengung zur Erhaltung dieser Systembedingungen.

Es ist durchaus legitim, in diesem Zusammenhang davon zu sprechen, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß aus den unmittelbar notwendigen Reaktionen heraus Bedingungen für die "normale Ausbeutung" der Arbeitskraft im Sinne von Kampf gegen die Senkung des Lohns

unter den Wert der Arbeitskraft anstrebt und Reproduktionsmöglichkeiten sicherzustellen sucht für die Arbeitskräfte, die nicht mehr im Arbeitsprozess stehen. Denn als "Preisfechter der Arbeiterklasse" sind die Gewerkschaften unmittelbar und untrennbar mit dem Lohnsystem verbunden. Sie müssen es in Kauf nehmen, daß auch über die materiellen Rückwirkungen ihres erfolgreichen Kampfes Anstöße zur erweiterten Akkumulation gegeben werden, z.B. in einer Rationalisierungsbewegung. Dieses Verständnis kann aber kein Argument gegen den Kampf um verbesserte Reproduktionsbedingungen abgeben, der sich im Bereich von Modifikationen der Auswirkungen der Zerstörung der Arbeitskraft bewegt und sich immer um gesetzliche Verankerung des Erreichten über die unmittelbar ökonomischen Absicherungen hinaus ("Sozialpolitik") bemühen muß ("sozialer Reformismus").

Auch die Kampfstärke der Gewerkschaften im Lohnkampf ist zunächst objektiv durch die Kapitalbewegung (Strukturprivileg) determiniert, die jeweils unterschiedliche 'Spielräume' für die Erhöhung des Durchschnittsniveaus gestattet.

Die im Kapitalwachstum eingeschlossenen Grenzen und Tendenzen des Arbeitslohns und die Lage der Lohnarbeiter insgesamt können aber realiter immer noch politisch modifiziert werden, denn die Ökonomie setzt sich nicht eindeutig und an sich durch, sondern über soziale Akteure.

Engels hat eben diesen Zusammenhang in einem Artikel über das Lohnsystem prägnant richtig dargestellt (MEW 19, S. 252f).

In Zeiten günstiger Akkumulation und größerer Nachfrage nach Arbeitskräften wird es möglich, diese Bedingungen zur Lohnerhöhung zu nutzen. In Krisenzeiten dagegen ist der Spielraum so gering, daß die Gewerkschaften gezwungen werden zur Sicherstellung von Arbeitsplätzen etc. einen Beitrag zur Wiederherstellung des notwendigen Verwertungsgrades zu leisten; d.h. eben auch die Voraussetzungen für relative Lohnsteigerungen mitzuschaffen. Damit möchten wir aber auch die Überlegungen zu einer alternativen Wirtschaftspolitik und deren politische Durchsetzungsformen historisch betont wissen.

Aus der Reaktion auf die Veränderung des Werts der Arbeitskraft in der ökonomischen Krise kann sich objektiv die erfolglose Verteidigung des Lohnniveaus in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen ausprägen zu einem politischen Verständnis der Ursachen

und sich über die gewerkschaftliche Vertretung hinaus gegen das Lohnsystem richten (Ausbildung einer systemkritischen Handlungsfähigkeit in organisierbarer Struktur); d.h. auch gegen den Staat einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft richten, der in relativer Autonomie des Überbaus gegenüber der ökonomischen Instanz die politische Herrschaft der ökonomischen Interessen hegemonialer Klassen zu gewährleisten hat. Engels beschreibt diesen Vorgang übrigens auf breiter Basis als ein wesentliches Bildungselement einer politischen Organisation der Arbeiterklasse aus den Trade Unions in England 1881, die in ihrer Tätigkeit geradezu eines von verschiedenen Mitteln darstellen zu dem höheren Zweck der Abschaffung des Lohnsystems überhaupt (M/E, 1953, S. 223).

Umgekehrt ist es unsererseits auch möglich, daß die Begrenzung der Lohnhöhe zunächst begriffen wird als Resultat nicht ausreichender gewerkschaftlicher Vertretung bzw der Politik der Führungsspitze der anvisierten Partei. Beides schließt aber den o.g. 'Durchbruch' des Verständnisses nicht aus. Er setzt aber voraus eine illusionslose Gewerkschaftspolitik in bezug auf gewerkschaftliche Funktionen im Kapitalismus, d.h. den permanenten Nachweis des historisch unversöhnlichen Widerspruchs zum Kapital, anknüpfend an den unmittelbaren Arbeits- und Reproduktionserfahrungen aller Arbeitskräfte über ihre induzierte Zersplitterung hinaus.

Damit ist auch das zweite Moment der Kampfstärke der Gewerkschaften angegeben, das durchaus transitorische politische Merkmale aufweist: der Entwicklungsgrad der Klassenkämpfe, bzw. das Bewußtsein der Arbeiterschaft, daß mit dem Kampf um die Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen in der Krise tendenziell die Vorbereitung des Kampfes gegen das Gesamtsystem verbunden ist, der begleitet sein wird von erheblichen materiellen Verschlechterungen und, wie bekannt, auch in einer Niederlage enden kann.

Sieht man somit das Verhältnis von Arbeitslohn und Profit als sozial antagonistisches, so ist es auch richtig, von der politischen Bestimmung des Arbeitslohns zu sprechen. In das Reich der Illusionen wird diese Sichtweise aber dann verfälscht, wenn daraus abgeleitet wird, die Bewegung des Arbeitslohns über die Grenzen und Tendenzen des Kapitalwachstums mit einer Veränderung der Machtverhältnisse hinaustreiben zu können, ohne dabei die KPW aufheben zu wollen. Gleichermäßen ist dann von einem Ökonomismus zu sprechen, wenn Löh-

ne als makroökonomische Kategorien in gesamtwirtschaftlicher Bindung diskutiert werden, wie etwa Export/Import Saldogrößen, ohne sie als eine wichtige politische Bedingung der Rationalität des Kapitalismus zu sehen und zu benennen; beide Interpretationen haben eine lange und konsistente Geschichte in der dt. Arbeiterbewegung(7).

Das Beispiel von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes zur Durchsetzung des Lohngesetzes im Kapitalismus verweist in der Verbindung der Bedingungen von Lohnniveauperänderungen und Lohnsystem auf ein immanent politisches Bildungselement der Interessenvertretung. Dieses Element gestattet es den Gewerkschaften niemals politisch neutral oder sich "nur ökonomisch" zu verstehen und zu handeln. Sie müssen für eine politische Ordnung eintreten, die überhaupt und dann zu optimierbaren Bedingungen ihre Aufgabenerfüllung erst einmal ermöglicht. Dieses 'Eintreten' reicht von der legalen Anwendung verschiedener genuin gewerkschaftlicher Kampfmittel bis zum Generalstreik, der die politischen Grundlagen gewerkschaftlicher Tätigkeit verteidigen oder wiederherstellen soll(8). Der Kampf und die Verteidigung politisch demokratischer Formen, die eine aktive Beteiligung an den gesellschaftlichen Entscheidungen im Rahmen einer Klassengesellschaft garantiert, wird daher immer eine gewerkschaftliche Grundforderung bleiben. Alle politischen Bewegungen, die dem zuwiderlaufen, müssen deswegen vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zurückgewiesen werden, denn sie bedrohen die Lebensinteressen der Arbeiter. Ebenso werden umgekehrt alle Parteien unterstützt werden müssen, die in ihrer politischen Praxis und Zielsetzung gewerkschaftliche Arbeit ermöglichen helfen.

Wenn man auf diesem Hintergrund die Gewerkschaften als "...die natürlichen Garanten des demokratischen Prozesses der Meinungs- und Willensbildung (bezeichnet), den sie aus ihrem gesellschaftlichen Bereich in den politischen und umgekehrt aus dem politischen in den gesellschaftlichen übertragen müssen, um ihr Gesamtinteresse und damit das Gesamtinteresse der friedlichen Fortentwicklung der ganzen Gesellschaft durchzusetzen"(9), so wird darüberhinaus deutlich, daß sie ihre Aufgabe als ständige Integration aller Arbeitnehmer in diesen Prozess nicht beispielsweise durch weltanschauliche Vorstellungen gefährden dürfen. Marx hat es in dem wenig bekannten Gespräch mit Hamann noch schärfer formuliert: "Nie dürfen Gewerkscha-

ften mit einem politischen Verein in Verbindung gebracht, oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dies, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben". (10).

Höchstmögliche Einheit im Sinne von umfassender Organisation und Interessenvertretung der Lohnabhängigen (gerade auch der ideellen Gesamtheit) schafft erst eine Position der Stärke gegenüber dem sozialen "Gegenspieler" und ermöglicht gewerkschaftlichen Einfluß auf und Modifikationen der Lebensbedingungen.

Unter diesen o.g. objektiven Voraussetzungen ist das politische Bildungselement entstanden aus der unmittelbaren Erfahrung der Auseinandersetzung im Produktions- und Reproduktionsprozess, konsolidiert und verallgemeinert in gewerkschaftlichen Organisations- und Kampfformen - stärker verwiesen auf einen politischen Zusammenschluß, der die Ursachen der Lohnarbeit und damit auch letztlich die Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit unter kapitalistischen Verhältnissen abschaffen will. Marx geht in allen seinen Ausführungen nicht von einer Trennung von Politik und Ökonomie aus, wie es die Lassaleaner formulieren. Auch er beginnt die Realisierung des Endzwecks nicht nach der politischen Machtergreifung des Proletariats, sondern in seinem umfassenden Politikbegriff hat der ökonomische Kampf durchaus Platz, bzw. er kann auch als politischer Kampf verstanden werden; eine genaue Bestimmung hat sich dabei nach den zugrundeliegenden Gesellschaftsformationen zu richten (so auch Rosa Luxemburg in: "Massenstreik..."). Am deutlichsten wird diese Auffassung bei der Wertung des Zehnstundenbills als Sieg des Prinzips der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse bei Marx gefunden. Den Erfahrungsprozeß stellt Marx 1871 in einem Brief an Bolte (ME, 1953, S. 175) eindeutig ohne die Trennung von Politik und Ökonomie dar.

Die sich im Verlauf der Geschichte der Arbeiterbewegung häufig an diesen Zusammenhang knüpfende Interpretation, daß durch die gewerkschaftliche Arbeit alle Arbeiter deshalb Mitglieder einer gesellschaftlich revolutionären Partei werden müßten und dadurch die Gewerkschaften schon im Kapitalismus überflüssig werden könnten (so immer die Lassaleaner), hält nicht einmal dem genauen Vergleich mit dem zum Beleg bemühten Zitat (s.o.) bei Marx stand; damit sind natürlich noch nicht die Ursachen dieser Rezeptionsweise erklärt. Darüberhinaus werden in dieser Interpretation die dort hergeleiteten spezifischen Aktionen und Organisationen gewerk-



schaftlicher Art als integraler und zugleich gegensätzlicher Bestandteil des Systems und nur mit ihm aufhebbar, völlig vernachlässigt.

Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie wollen wir ein kurzes Beispiel aus der Geschichte der organisierten dt. Arbeiterbewegung anführen, eine Interpretation, die wir in ihrem Ansatz für zutreffend halten.

In einer 1909 erschienenen Agitationsbroschüre der SPD Hamburg zum Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf(11) beschreibt der Autor Pannekoek das Verhältnis als eine dauernde Verbindung, die durch die besondere Aufgabe der Gewerkschaften im Kampf um die Arbeitsbedingungen im Rahmen des allgemeinen Arbeiterkampfes notwendig und unauflöslich wird. Bedingungen der Suprematie werden explizit deswegen nicht angegeben, weil beide Organisationen gleichviel zur Steigerung der Macht der Arbeiterklasse beitragen. Die Möglichkeit des Ineinanderaufgehens oder gar Müßens auf unveränderter gesellschaftlicher Grundlage wird in diesem Zusammenhang der sozialdemokratischen "Ableitung" ausgeschlossen. Eine Differenz bestimmt Pannekoek zwischen Partei und Gewerkschaft aus der unmittelbaren Nähe zur Produktion und bezieht sie auf die Herausbildung des Bewußtseins, indem er der gewerkschaftlichen Praxis erste Anstöße zur Einsicht in gesellschaftliche Funktionsimperative (= "Elementarunterricht") zuschreibt; diese allerdings in unvollkommener Weise in Bezug auf das Wesen des Kapitalismus, da man seiner Einschätzung nach in dem täglichen Kleinkrieg nicht den Gegner in seiner Klassengestalt erfassen kann(12).

Damit ist zwar, wie schon in den von uns angeführten Beispielen aus Marx/Engels, ein objektiver Zusammenhang in gesetzmäßigen Formen reiner Ausprägung beschrieben, aber das kann z.B. nicht heißen, daß aus gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen heraus notwendig der antagonistische Charakter zum Kapital als einer gesellschaftlich hegemonialen Klasse begriffen wird. Gewerkschaftliche Erfolge können sogar die Vorstellung fördern helfen, daß innerhalb des bestehenden Systems sich die Lage der Lohnabhängigen dauerhaft verbessern ließe. Auch dieser Eindruck kann sich bewußtseinsprägend festsetzen, wenn im Wechsel von Prosperität und Krise die entstandene Arbeitslosigkeit jeweils auch wieder beseitigt wird durch die gleichen Kräfte, die die Krise verursacht haben. Diese bürgerlich

fortschrittsgläubige Illusion, an der sich die frühe Arbeiterbewegung geschichtsphilosophisch orientierte als Begründung für die Hoffnung auf beständige Verbesserung der sozialen Lage, wird im Arbeitsbereich noch bestärkt durch die Erscheinung des Lohns als Preis der Arbeit, in der die Aneignung unbezahlter Arbeit durch das Kapital verdeckt wird. Arbeit, Kapital und Boden stellen sich dann als gleichrangige, quasi natürliche Produktionsfaktoren dar, und den gewerkschaftlichen Aktionen wird die Aufgabe zugeschrieben, auf eine proportionell gerechtere Verteilung der Produkte auf die Besitzer der einzelnen Produktionsfaktoren zu achten.

Daß das historische Ziel der Organisation der Lohnabhängigen nicht mit der Konkurrenz mit dem Kapital schon erreicht ist, daß sie sich als gesellschaftliche Klasse zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft organisiert bereitfinden müssen, kann durch diese o.g. Mystifikation völlig verdeckt werden.

Insgesamt ist in diesen von uns gemachten Überlegungen für unsere Fragestellung wichtig festzuhalten, daß die Widersprüche innerhalb der Bewegungsformen der kapitalistischen Entwicklung und ihr Entfaltungs- und Reifegrad sich auch in den Bildungselementen ökonomischer und politischer Interessenvertretung einen organisierten Ausdruck suchen. Wieweit diese Wechselwirkung ein Beitrag zur Konstitution der Lohnabhängigen als Klasse ist, kann nur im historischen Verlauf untersucht werden. Dabei spielen die Erfahrungen in Auseinandersetzungen und die Verarbeitung von Erfahrungen, ob Sieg oder Niederlage, möglicherweise gleichermaßen eine wichtige Rolle in bezug auf die Entwicklung der Erkenntnis von der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Umwälzung in radikaler Form, d.h. von unten.

## 2. ANMERKUNGEN ZUM ERFAHRUNGSBEGRIFF.

Wir haben uns bisher methodisch auf der Ebene des allgemeinen Begriffs des Kapitals bewegt und gezeigt, daß sich die organisierte Trennung von Politik und Ökonomie in der dt. Arbeiterbewegung nicht auf die Max'sche Theorie berufen kann. Auf gleicher methodischer Ebene hat Marx weiter herausgearbeitet, daß die Arbeiterklasse gar nicht Subjekt der Bewegung sein kann, sondern nur als Klasse "an sich" existiert. Gleichzeitig begreift er aber außerhalb des allgemeinen Begriffs das Proletariat als revolutionäres SUBJEKT mit dem geschichtlichen Beruf, die kapitalistische Produktionsweise abzu-

schaffen(vgl.MEW 23,S.22);das ist kein Widerspruch,denn er deutet damit einen Bildungsprozess zur"Klasse an sich"an,ohne ihn historisch empirisch auszuführen,was an dieser Stelle auch 'quer'zur Systematik seiner Darstellung verlief.Für den materialistisch orientierten Wissenschaftler aber liegt darin eine allzulange vernachlässigte Forschungsaufgabe begründet.

In der Kategorie der Klasse drückt sich-nach Marx-somit somit zugleich eine analytische wie reale Komponente aus und umgreift"... einen gegenständlichen historischen Prozess der Entstehung,Veränderung und Aufhebung von Lebensbedingungen,denen Massen unterworfen sind"(Negt/Kluge 1973,S.470),von der Volkskultur etc bis zu den einzelnen Interaktionsmomenten.Damit ist nicht gesagt,daß sich die Widersprüchlichkeit in den Entwicklungen einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehörigen Produktionsbedingungen adäquat im Bewußtsein der Produktionsagenten äußern muß;es ist mit ihr und durch sie vielmehr nur die "objektive Möglichkeit"gegeben, das mystifizierte Herrschaftsverhältnis zu erkennen und zu überwinden;gerade deswegen hat das orthodox so genannte "falsche Bewußtsein"durchaus antikapitalistische Erkenntnismöglichkeiten,es muß also nicht "ausgetrieben"werden,besonders nicht von Theoretikern, deren Erkenntnisprozess nicht hinterfragbare Referenz beansprucht. In den bekannten Passagen aus den "Grundrissen"(Marx,1969,S.635) äußert sich Marx unsererseits eindeutig zu diesem o.g.Zusammenhang der Erkenntnismöglichkeit des Herrschaftsverhältnisses und verwendet einen Bewußtseinsbegriff,der auf eine notwendige Resubjektivierung des Proletariats verweist.

Aber:"Die Produktion dieses Bewußtseins geschieht gesellschaftlich; über Formen gegenständlicher Wirklichkeit,der Geschichte,der Sozialisation,der Triebökonomie,des psychischen Aufbaus der Person,der Erziehung,der unmittelbaren Erfahrung im Arbeitsprozess und der Rück-und Wechselwirkungen aller dieser Ebenen"(13);sie finden ihre Verallgemeinerung dann als 'Volkskultur'(14).Dabei gilt es besonders in der empirischen Anlage einer Untersuchung zu den Herausbildungen systemkritischen Handlungspotentialen zu vermeiden,die klassenkulturell tradierten Strukturveränderungen allein auf die kognitive Dimension zu beziehen,so wie sie sich in Sprache kritisch ausdrücken.Damit würden und werden in den meist sozialstrukturell verfahrenen Forschungsansätzen alle anderen Ausdrucksmöglichkei-

ten zur Identitätsausbildung notwendigerweise diskriminierend vernachlässigt, der plebeischen Kultur beispielsweise normative Elemente ihrer Selbstbehauptung entzogen und ihre Lebensentwürfe als Sinnentleerte im Vergleich zur bürgerlich kulturellen Hegemonie behauptet, dann teilweise kriminalisiert, oder in der orthodoxen Kritik von 'links' politisch diabolisiert(15).

Zieht man nun beide Realkategorien-Bewußtsein und Klasse-, die aus einander konträren geschichtlichen Denkbewegungen stammen, zusammen, so ist mit der Bezeichnung **KLASSENBEWUßTSEIN** weniger ein Resultat, sondern eine programmatische Forderung beschrieben, die einen Emanzipationsprozess des bewußten Proletariats zur revolutionären Veränderung der Produktionsweise beinhaltet: "Es geht in diesem Programm die Vermittlung zwischen der Entstehung des proletarischen Lebenszusammenhangs, einschließlich seiner subjektiven 'bewußten Seite' einerseits, und der praktischen Aufhebung dieses proletarischen Lebenszusammenhangs andererseits. Die in diesem Begriff enthaltene Dialektik besteht darin, daß er auf Totalität gerichtet ist, gleichwohl aber den gesamten empirischen Erfahrungszusammenhang der Proletarier erfassen muß, wenn er nicht zur bloßen Selektionskategorie werden soll" (Negt/Kluge, 1973, S. 412).

In diesem Programmbegriff aus der marxistischen Tradition steckt eine für unsere weitere Fragestellung besonders wichtige Forderung, die gleichermaßen für gewerkschaftliche wie politische Organisationen gilt: Die nach der Aufnahme des empirischen Erfahrungszusammenhangs der Proletarier ohne Vereengung des Erfahrungsspektrums zugunsten z.B. eines zentralistischen Organisationstyps oder der Ausgrenzung von Lebensinteressen durch avantgardistisches Gegenüberstellen von Partei und Gesellschaft.

Erfahrungen haben materielle, sinnliche Evidenz. Sie sind zwar jeweils spezifisch trotz gemeinsamer Ursache, denn sie werden gesellschaftlich produziert, was auch ihre Verallgemeinerung erlaubt, sofern die wirkliche Erfahrung dazu wie-der eine Vermittlungsform findet; daraus ergibt sich die Forderung, auch im Erfahrungsbereich, ebenso wie dem der Vermittlung, die Latenzen beider mitaufzunehmen. Dabei ist von uns nicht gedacht an ein direktes Anknüpfen an Erlebnisse, so wie sie als äußere Natur den Subjekten erscheinen, auf ihre innere Natur einwirken und aus einer dialektischen Beziehung von Hemmung und Haltung ein indivi-

duelles Verhalten konstituieren, sondern an ein Aufgreifen der dem Erlebnis eher nachgeordneten konflikthaft verarbeiteten Erfahrung als wesentliches individuelles Strukturmerkmal; d.h. jede sich einem solchen Emanzipationsanspruch verpflichtete politische Agitation muß auch diesen Erfahrungsgehalt der historischen Realgeschichte des Subjekts in der Weise aufnehmen können, daß sie gleichzeitig ihre individuellen (obgleich gesellschaftlich bedingten) Strukturbildungsformen 'aufbrechen' und zu einer klassenpolitischen Lösung zu transzendieren versteht (16).

Ist diese Vermittlung gelungen, so kann man schon von einer Verarbeitung der Erfahrungen sprechen im Sinne von Bewußtsein, von Verständnis der überindividuellen gesellschaftlichen Zusammenhänge und ihrer Wirkungsweise. Von daher ist es in bezug auf einen revolutionären Emanzipations eine nichtverzichtbare Forderung, je spezifische Antworten (bezogen auf reale Erfahrungen) in politisch zukunftsweisender Form/Inhalt (überindividuelle Zusammenhänge im Gegensatz zu einem materialistischen Eklektizismus letztlich nicht einlösbarer Versprechungen), bezogen auf wirkliche Erfahrungszusammenhänge der Lebensgeschichte geben zu können: Antworten, die auf Wertabstraktionen in wesentlich/unwesentlich oder revolutionär/unbrauchbar verzichten.

Sicherlich ist nur so die Radikalität des Kampfes nach UNTEN zu verbreitern, bzw. vorhandene aber latente Muster der Selbstbehauptung aufzunehmen. Ein auf dieser Ebene verfahrenes politisch/emanzipatives Organisationsprinzip kann der Gefahr der Aufspaltung (und damit der politischen Schwächung) von Partei und Proletariat, Gewerkschaft und Nichtgewerkschaftern, sowie dem Gegensatz von Avantgarde und Masse wirkungsvoll begegnen.

Da die Geschichte der dt. Arbeiterbewegung uns aber andere Traditionen überliefert, sollten wir (im Zusammenhang mit den Thesen von Spohn und N. Möding) folgende Thesen diskutieren:

1. Die Marx'sche Theorie zur Anatomie der bgl. Gesellschaftsentwicklung rechtfertigt es nach unserer 'Lesart' nicht, eine Trennung von Politik und Ökonomie in dem Sinne vorzunehmen, daß daraus geschiedene Konstitutionsbedingungen in Partei und Gewerkschaft als Organisationsprinzip für die Arbeiterbewegung als soziale Bewegung angenommen werden muß.

2. Damit ist nicht bestritten, daß bes. in der dt. Geschichte der org.

Arbeiterbewegung eben diese Trennung frühzeitig in "Freie Gewerkschaften" und "Sozialdemokratie" erfolgte; ja sogar die FREIEN es bis 1891 fertig gebracht haben, die Lokalistenbewegung (im Kern als Einheit von ökonomischem und politischem Kampf zu verstehen) aus der großen wirkungsmächtigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung organisatorisch auszuschalten.

Dieser Gewerkschaftsausschluß, der u.a. einer lasall'schen Marx <sup>Re</sup>zeption mit der Trennung von Politik und Ökonomie folgte (als separate Kampfbereiche), markierte das bis heute vorherrschende zentralistische Einheitsgewerkschaftsprinzip einerseits und das politische Organisationsprinzip in der SPD andererseits.

3. Die ständige Auseinandersetzung um diese Trennung im sozialökonomischen Verlauf fortschreitender Strukturveränderungen des dt. Weges im Kapitalismus (vgl. bes. die Generalstreikdebatte, die Räte Diskussion und kurzweilige -praxis und in der Wirtschaftskrise den umstrittenen "Umbauplan für die dt. Wirtschaft 1932/3 von ADGB und SPD) verweisen uns einmal auf die historischen (und nicht systematisch ableitbaren) <sup>B</sup>egründungen dieser Trennung, andererseits darf daran die Frage nach dem spezifischen politischen Dezisionismus sozialdemokratischer Parteitheorie und -praxis (Primat der Politik) und den Folgen für die Überzeugungskraft sozialemanzipativer Gesellschaftskritik und Handlungsbereitschaft innerhalb der Arbeiterbewegung gestellt werden.

4. Nochmals die Eingangsfrage auf diesem Hintergrund reformuliert: Wenn innerhalb der dt. org. Arbeiterbewegung, die ständig die Einheit von revolutionärer Theorie und Praxis postuliert, diese Trennung von Politik und Ökonomie als Organisationsprinzip unter Hinweis auf die Marx'sche Theorie/Analyse erfolgte, so ist zu fragen:

- a) welche spezifischen Bedingungen machten eine solche Rezeption möglich, v.a. mit dem Ergebnis, daß in seiner Starrheit bis heute allen tiefgreifenden nationalen und internationalen Strukturveränderungen trotzen konnte?
- b) Erweist sich diese "orthodoxe" politische Haltung nicht gerade gegenüber der zusammenlaufenden/überlagernden Komplexität der verschiedenen Vergesellschaftungsformen heute (von Betrieb über Schule, Familie etc), den darin angelegten transitorischen Erkenntnis- und Entwicklungsformen, daran geknüpfter Emanzipationsbewegungen, als ideologisch konservativer Marxismus, der so nur

noch parteiorthodox erhalten werden kann?Aber:diskreditiert er nicht damit vehement die "Deutungsmächtigkeit"der Marx'schen Theorie auch als eine Revolutionstheorie?

Thomas Hahn

#### Anmerkungen und Literaturverzeichnis

- 1) vgl.dazu "ProKla"Nr.13,Bln.1972,S.87ff;"Marxistische Gewerkschaftstheorie",1976;Hahn,Thomas1977 passim;dieser Aufsatz findet seine weiteren Bezüge in den Thesen von Spohn und Möding in diesem Band.
- 2) vgl.weiter unten unsere Anmerkungen zum Erfahrungsbegriff.
- 3) vgl.Poulantzas,N.1975,S.166 ff
- 4) damit ist auch die Frage nach den Applikationselementen auf eine organisierte Handlungsstruktur und ihrer möglichen soziokulturellen Filterwirkung ebenso gestellt,wie die nach den Prämissen von angenommener Identitätsbildung, die wir hier nur annehmen,aber nicht beantworten können.
- 5) vgl.Spohn zur marxistischen Histeriographie der dt.Arbeiterbewegung im vorliegenden Band
- 6) vgl. die u.E.adäquate Position bei Wagner 1976
- 7) wieweit die Marx'sche Theorie,auf die sich beide Positionen je spezifisch berufen haben,diese Begründungen zuläßt,wird in dem Thesenbeitrag von N.Möding in diesem Band mitdiskutiert.
- 8) vgl.Abendroth 1955,S.63-73
- 9) ders.S.101,dessen Formulierung den von Marx mit der Bezeichnung der Gewerkschaften als "Schule für den Sozialismus"gemeinten Zusammenhang abdeckt.
- 10) zur u.E.richtigen Interpretation dieses Zitats vgl.Scharrer 1975
- 11) Pannekoek 1909,S.91ff;vgl.zu P.v.a.Bock 1975,S.103-167 und Ihlau 1971,S.175 .
- 12) vgl.die Begründungen zur Trennung,bzw.das Postulat relativer Autonomie von Ökonomie und Politik bei Poulantzas,N.1975,S.119ff, der von einer nichtüberwindbaren Mystifikation der KPW im überdeterminierten Produktionsbereich spricht.
- 13) Negt/Kluge 1973,S.411;vgl.dazu jüngst auch Ottomeyer 1977,passim und Hack,L.1977,passim .
- 14) Kocka,Jüren,1979 zur Arbeiterkultur als Forschungsthema .
- 15) mit dem 'Linken Radikalismus'Lenins oder der'Intellektuellen=schimpfe'Zetkins und deren ständige Zitiererei ist nach unserer Meinung das Kapitel der wirksamen politischen Verfolgung der als Linksabweichler/Rechtsopportunisten disqualifizierten sozialen Bewegungen durch die organisierte Orthodoxie noch nicht ansatzweise ausreichend behandelt;ein zunächst hermeneutisch verfahrenender Ansatz zu den Sprachmustern als soziale Gewalt könnte aus dem reichlichen historischen Material erste Vorarbeit leisten .
- 16) sicherlich sind sowohl Erlebnisse wie Erfahrungen und Verhalten in innerer und äußerer Natur konflikthaft und können sich auch u.U.ohne oder über 'falsche'Inhalte signalisieren;diese Probleme innerpsychischer Repräsentanz ökonomischer Zwänge können wir hier nur anmerken als Forschungsaufgabe;vgl.dazu Ottomeyer und Hack,L.

Abendroth,W.  
Bierbaum,C.et al

Die deutschen Gewerkschaften,Heidelberg 1955,2.A.  
Ende der Illusionen?Bewußtseinsveränderungen in  
der Wirtschaftskrise,Köln 1977

- Bock, H.M. Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Meisenheim 1969 und Geschichte des 'linken Radikalismus' in Deutschland, ein Versuch, Ffm 1976
- Hack, Lothar Subjektivität im Alltagsleben; zur Konstitution sozialer Relevanzstrukturen, Ffm 1977
- Hahn, Thomas Arbeiterbewegung und Gewerkschaften: eine Untersuchung der Strategiebildung der Freien Gewerkschaften auf dem 'Arbeitsmarkt' am Beispiel des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit mit Arbeitsnachweisen und Arbeitslosenunterstützung bis zum Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Wirtschaftskrise Deutschlands 1928-1933, MS Bln 1977
- Ihlau, O. Die Roten Kämpfer, Meisenheim 1969, A. 1971
- Kocka, Jüren Arbeiterkultur als Forschungsthema, Göttingen 1979, S. 5-11 in: Geschichte und Gesellschaft 5/1 .
- Negt/Kluge Öffentlichkeit und Erfahrung , Ffm 1973
- Ottomeyer, K. Ökonomische Beziehungen und menschliche Zwänge; soziales Verhalten im Kapitalismus, Hamburg 1977
- Poulantzas, N. Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Ffm 1975, 2. A.
- Probleme des Klassenkampfes (ProKla), Zeitschrift, Bln/W
- Scharrer, M. Zur Trennung von Politik und Ökonomie in der dt. Arbeiterbewegung bis 1914, MS, Bln 1975
- Pannekoek, A. Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Agitationsausgabe, Hamburg 1909
- Trentin, B. Arbeiterdemokratie; Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte , Hamburg 1978
- Wagner, W. Verelendungstheorie, die hilflose Kapitalismuskritik, Ffm 1976
- Marx/Engels Über die Gewerkschaften, Bln/DDR 1953
- Autorenkollektiv Marxistische Gewerkschaftstheorie, Hamburg 1976
-